

XIX. GP.-NR
Nr. 378 IJ
1995 -01- 17

A N F R A G E

der Abgeordneten Ing. Nußbaumer, Mag. Schreiner
 und Kollegen
 an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
 betreffend

Anpassung der österreichischen (Wirtschafts-) Gesetze an die EU-Gesetzgebung

Mit dem 1. Jänner 1995 wurde Österreich Vollmitglied der Europäischen Union. Damit verbunden ist – trotz der in vielen Bereichen bereits erfolgten Vorwegnahme durch den EWR – die Notwendigkeit der raschen Anpassung österreichischer (Wirtschafts-) Gesetze an die geltenden EU – Gesetze.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten die nachstehende

A n f r a g e

1. Wieviele und welche österreichischen Gesetze und Verordnungen sind von der durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union notwendig gewordenen Anpassung an die in der EU geltende Rechtslage betroffen?
2. Welche wirtschaftlichen Auswirkungen werden sich für Österreichs Industrie auf Grund dieser Anpassungen voraussichtlich ergeben?
3. Welche Prioritäten werden bei den notwendigen Anpassungen der österreichischen Gesetze und Verordnungen angestrebt?
4. In welchen Bereichen der die Industrie betreffenden Gesetzesanpassungen sind jeweils welche Übergangsfristen vorgeschrieben?
5. Wie lange wird es voraussichtlich dauern, bis alle notwendig gewordenen Anpassungen österreichischer Gesetze dem Nationalrat zur Beschußfassung vorgelegt und von diesem verabschiedet worden sind?